

Ihre Gesprächspartner:

Dr. Johann Kalliauer

Dr. Josef Moser, MBA

Präsident der AK Oberösterreich

Direktor der AK Oberösterreich

Oberösterreich ist wirtschaftlich erfolgreich!

Das sollte allen zugute kommen!

Pressekonferenz

Dienstag, 4. Dezember 2018, 10 Uhr

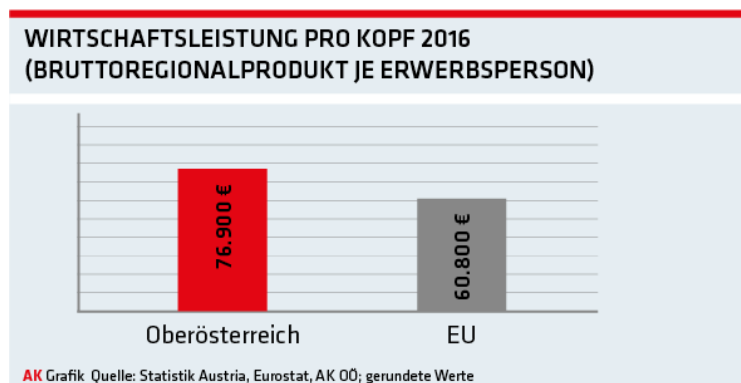
Arbeiterkammer Linz

Oberösterreich ist wirtschaftlich erfolgreich, aber nicht allen kommt der Erfolg gleichermaßen zugute. Die hohe Wirtschaftskraft sollte die Basis für kräftige Lohnsteigerungen und für Verbesserungen beim Arbeits- und Sozialrecht sein. Darum gilt es, die Erfolgsfaktoren festzumachen, zu stärken und die großen Herausforderungen mit klugen und sozialen Lösungen zu meistern, damit Oberösterreich für Arbeitnehmer/-innen und Unternehmen attraktiv bleibt.

Laut einer WIFO-Studie aus dem Jahr 2017 hat sich Oberösterreich im Ranking der hochentwickelten Industrieregionen Europas von Rang 28 im Jahre 1991 auf Rang 22 im Jahr 2008 – also vor Ausbruch der Wirtschaftskrise – verbessert. Im laufenden Jahrzehnt hat es Oberösterreich sogar unter die Top 20 geschafft.

Hohe Produktivität = Basis des Wohlstands

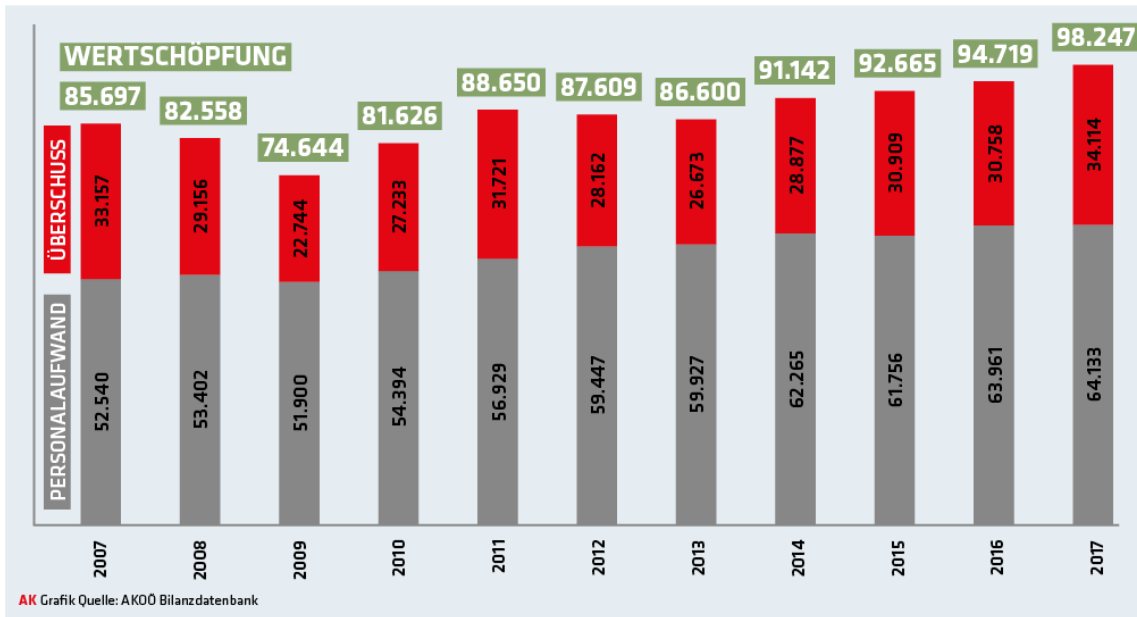
Mit einer Jahres-Wirtschaftsleistung von 57 Milliarden Euro (2016) trug Oberösterreich 17 Prozent zum österreichischen Bruttoinlandsprodukt bei. Im EU-Vergleich sind die Oberösterreicher/-innen besonders produktiv: Das Bruttoregionalprodukt pro Erwerbsperson ist um rund 27 Prozent höher als im EU-Schnitt. Ein hohes Produktivitäts- und Wohlstandsniveau macht Oberösterreich als Arbeits- und Produktionsstandort für Fachkräfte sowie Investoren attraktiv.



Die Beschäftigten erarbeiten den Wirtschaftserfolg

Im Jahr 2017 haben die Beschäftigten in 159 oberösterreichischen Mittel- und Großbetrieben pro Kopf annähernd 100.000 Euro erwirtschaftet. Nach Abzug der Personalkosten blieben diesen Betrieben im Schnitt mehr als 34.000 Euro pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter. Für ihre hervorragenden Leistungen haben sich die Beschäftigten mehr an Gegenleistung verdient.

**OBERÖSTERREICH: ÜBERSCHUSS PRO BESCHÄFTIGTEM 2007 BIS 2017
(DURCHSCHNITTSWERTE IN EURO)**



Die Beschäftigten sind mobil ...

Oberösterreichs Beschäftigte sind sehr mobil: Ein Drittel legte im Vorjahr täglich einen Arbeitsweg von insgesamt mehr als 40 Kilometer zurück, ein Fünftel fährt mehr als 60 Kilometer und gut zehn Prozent pendeln täglich sogar mehr als 100 Kilometer zur und von der Arbeit.

... und arbeiten in hohem Maße flexibel

Im Jahr 2017 arbeitete ein Zehntel der oberösterreichischen Beschäftigten regelmäßig abends zwischen 18 bis 22 Uhr. Mehr als fünf Prozent mussten mindestens die Hälfte der Arbeitstage in der Nacht (zwischen 22 und 6 Uhr) arbeiten. Rund ein Fünftel geht mindestens an jedem zweiten Samstag zur Arbeit, mehr als ein Zehntel an jedem zweiten Sonntag.

Die Beschäftigten leisten einen enormen Beitrag zur Fachkräftesicherung

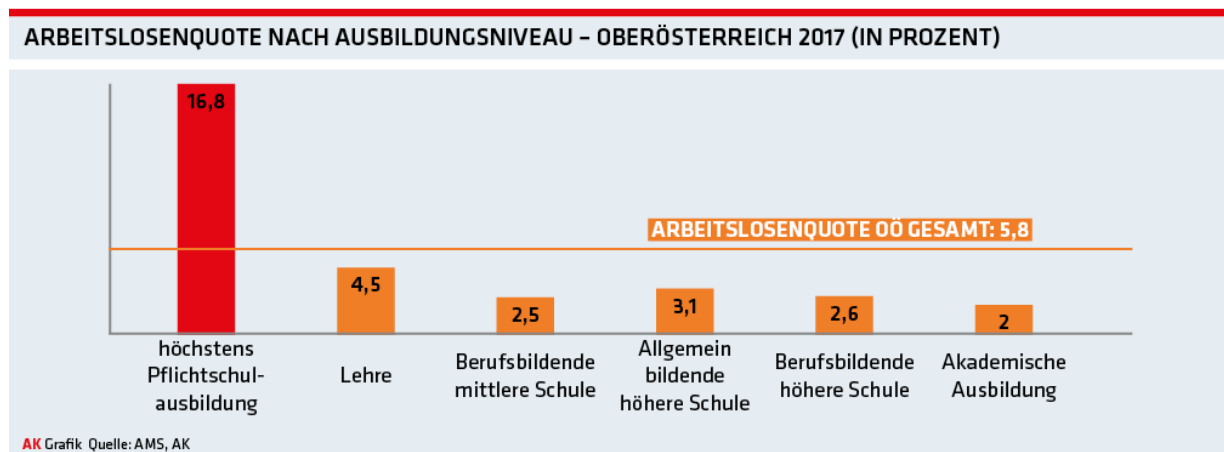
Jährlich gibt es in Oberösterreich ca. 2.500 außerordentliche Lehrabschlüsse, rund 700 Personen machen eine Berufsreifeprüfung, 1.500 Personen besuchen die Abendmatura (HAK, HTL, AHS). Rund drei Viertel der Studierenden an der JKU sind berufstätig – um zehn Prozentpunkte mehr als im Bundesdurchschnitt.

Herausforderung 1: Der oberösterreichische Arbeitsmarkt

ist leistungsstark, bietet aber ungleiche Chancen

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der unselbständig Beschäftigten in Oberösterreich um 2,2 Prozent auf 675.900 Personen im Oktober 2018 gestiegen. Gleichzeitig ist die Arbeitslosigkeit um zehn Prozent zurückgegangen. Die Arbeitslosenquote von 4,4 Prozent ist die niedrigste im Bundesländervergleich. Dennoch waren in Oberösterreich im November 2018 rund 42.400 Menschen auf Arbeitssuche. Insbesondere ältere Arbeitslose mit gesundheitlichen Beschwerden spüren von der guten Konjunktur wenig. Etwa die Hälfte der Langzeitarbeitslosen ist 55 Jahre oder älter. Völlig unverständlich ist daher, dass die sinnvolle Aktion 20.000 von der Bundesregierung gestoppt wurde und die AMS-Mittel für Langzeitbeschäftigungslose ältere Menschen gekürzt wurden.

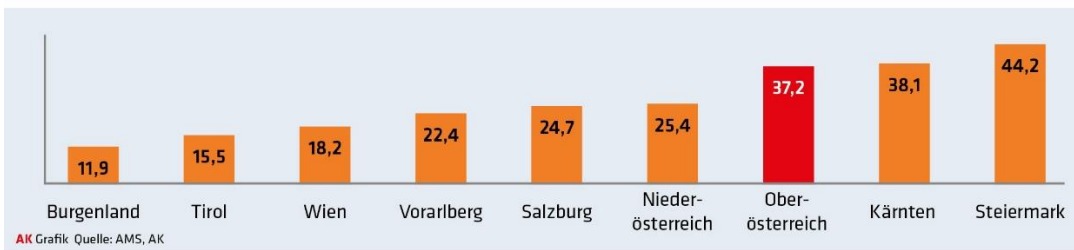
Menschen mit höchstens Pflichtschulabschluss haben ein beinahe viermal so hohes Arbeitslosigkeitsrisiko als Personen mit einer abgeschlossenen Lehre. Im November 2018 waren 15.675 Menschen mit maximal Pflichtschulausbildung beim AMS als arbeitslos registriert.



Mehr als ein Drittel der offenen Stellen in der Leiharbeit

Von den rund 18.200 offenen Stellen in Oberösterreich – die meisten im Bundesländervergleich – waren rund 6.800 im Bereich Arbeitskräfteüberlassung, Gebäudebetreuung und Wachdienste verfügbar – also in Branchen mit schlechten Arbeitsbedingungen und einem hohen Arbeitslosigkeitsrisiko. Mehr als 2.500 offene Stellen gab es im Handel, der durch hohe Teilzeitbeschäftigung und Wochenenddienste gekennzeichnet ist. An dritter Stelle folgen Metall und Elektro mit über 1.600 offenen Stellen.

ANTEIL DER OFFENEN STELLEN IN DEN WIRTSCHAFTSZWEIGEN ARBEITSKRÄFTEÜBERLASSUNG, GEBÄUDEBETREUUNG, WACHDIENSTE (IN PROZENT AN ALLEN OFFENEN STELLEN – NOVEMBER 2018)



Mehr als 6.100 offene Stellen in Oberösterreich erfordern maximal Pflichtschulabschluss – viel zu wenig für die rund 15.600 Personen ohne Berufsausbildung. In diesem Segment gibt es eindeutig einen Mangel an Arbeitsplätzen.

Knapp 9.500 offene Stellen erfordern eine Lehre, teilintegrative Lehrausbildung, Meisterprüfung oder Abschluss in einer mittleren Schule. Rund 12.000 Arbeitslose verfügen über diese Erfordernisse. In bestimmten Regionen kann es aber für Betriebe schwierig sein, Personal mit gewünschter Qualifizierung zeitnah zu finden.

Qualifikationen von mehr als 100.000 Beschäftigten werden nicht genutzt

Aber selbst dort, wo Wirtschaftsvertreter und Betriebe einen angeblichen Fachkräftemangel beklagen, ignorieren sie die Fakten und Potenziale, die auf dem Arbeitsmarkt nicht genutzt werden. Das Zentrum für Soziale Innovation hat erhoben, dass in Oberösterreich 78.000 Personen bzw. zwölf Prozent aller Beschäftigten über mindestens einen in Österreich erworbenen Lehrabschluss verfügen und dennoch in Hilfs- und Anlern Tätigkeiten beschäftigt sind. Von den rund 54.500 Beschäftigten in Oberösterreich, die einen Bildungsabschluss (Lehre oder höherer Abschluss) aus einem anderen Staat haben, sind sogar 52 Prozent in Hilfs- oder Anlernjobs beschäftigt. Das ist ein trauriger Rekord im Bundesländervergleich. In Summe wird also das Potenzial von rund 106.000 Menschen zu wenig genutzt.

Hohe Teilzeitquote bei den Frauen

Im vergangenen Jahr lag die Beschäftigungsquote von Frauen in Oberösterreich bei 67,1 Prozent. Das ist der vierthöchste Wert im Bundesländervergleich. Allerdings hat nicht einmal die Hälfte (48,7 Prozent) aller Frauen eine Vollzeitbeschäftigung – bei den Männern sind es 90,5 Prozent. Hier liegt Oberösterreich auf dem drittletzten Platz unter den neun Bundesländern. Das liegt insbesondere an mangelhaften Kinderbetreuungsangeboten.

Herausforderung 2: Bildung wird in Oberösterreich vererbt

Kindergarten, Schule und berufliche Erstausbildung schaffen es nicht, schlechtere Startbedingungen auszugleichen. Damit wird Bildung in hohem Maße vererbt und Ungleichheit verfestigt. In Österreich kommt nur jedes zehnte Kind von Eltern mit Pflichtschulabschluss in die AHS-Oberstufe. Die Chance, dass ein Arbeiterkind ein Studium beginnt, ist fast viermal so gering wie für ein Kind eines Unternehmers.

Durch die Digitalisierung entstehen neue Berufe. Ein Schlüsselkriterium für die Bewältigung des digitalen Wandels sind die Ausbildung der Jugend und die Weiterbildung Erwachsener. Oberösterreichs zukünftiger Erfolg und die Innovationsfähigkeit hängen entscheidend von den Qualifikationen der Beschäftigten ab. Darum ist es höchste Zeit, das Bildungssystem den Anforderungen einer hochentwickelten Gesellschaft anzupassen. Die zentralen Problemfelder sind:

- 17,5 Prozent der 20- bis 24-Jährigen verfügen über maximal Pflichtschulabschluss. In Wels, Steyr und Linz sind es sogar deutlich mehr.
- Jährlich fallen in Oberösterreich etwa 3.000 Jugendliche vorzeitig und ohne Abschluss aus ihren Ausbildungen heraus. Knapp die Hälfte davon bricht die Lehre ab bzw. beendet sie ohne Lehrabschluss, etwa ein Drittel verlässt nach der Schulpflicht das Bildungssystem.
- Von 1990 bis 2017 ging die Zahl der Lehrbetriebe in Oberösterreich von 8.000 auf etwas mehr als 5.700 zurück. Zudem gibt es in der dualen Berufsausbildung zu wenig Qualitätssicherung – eine der Hauptursachen für den hohen Anteil an Lehrabbrechern. Jugendliche mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft sind in der Lehre deutlich unterrepräsentiert. Besonders problematisch ist, dass die Bundesregierung den Zugang von Asylwerbern/-innen zur Lehre in Mangelberufen verhindert hat.
- Im Zeitalter der Digitalisierung steigt der Weiterbildungsbedarf der Beschäftigten. Daher ist die überfallsartige Kürzung der Förderungen für Aus- und Weiterbildung durch die Landesregierung von 50 auf 30 Prozent der Kurskosten eindeutig der falsche Weg.

- Oberösterreich hat bei der akademischen Bildung Nachholbedarf. Durch Studiengebühren an Fachhochschulen und für Berufstätige auch an Unis sowie vermehrte Aufnahmeverfahren werden die Absolventenzahlen sinken und die Ungleichheit beim Zugang zur Hochschulbildung wird verstärkt.
- Oberösterreich rangiert bei vollzeittauglicher Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren an bundesweit letzter Stelle, bei mindestens zwölf Stunden geöffneten Kindertagesheimen auf dem vorletzten Platz.
- In Oberösterreich werden nur 2,2 Prozent der Pflichtschulen als verschränkte Ganztagschulen geführt (Bundesschnitt: 3,6 Prozent).

Schlussfolgerungen und Forderungen

42.400 Arbeitsuchende, aber nur 18.200 offene Stellen – die zentrale Herausforderung in Oberösterreich ist immer noch die Knappheit an Arbeitsplätzen – insbesondere für gering Qualifizierte. Punktuell und regional kann es für Betriebe durchaus schwierig sein, zeitnah bzw. flexibel Personal mit gewünschter Qualifizierung und Berufserfahrung zu finden. Das rechtfertigt aber nicht das lautstarke Jammern über einen angeblichen, generellen Fachkräftemangel.

Weitblickende Unternehmen müssen in die Qualifizierung ihrer Mitarbeiter/-innen investieren, Lehrlinge ausbilden, neue Mitarbeiter/-innen ausbildungsadäquat einstellen und ihnen angemessene Entlohnung und gute Arbeitsbedingungen bieten. Insbesondere sollte das Potenzial der vielen teilzeitbeschäftigten Frauen mit Wunsch nach mehr Stunden und der mehr als 100.000 in Hilfs- und Anlernjobs arbeitende Fachkräfte genutzt werden. Aber auch die politischen Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass die Arbeitslosigkeit gesenkt wird, die Potenziale der Arbeitnehmer/-innen genutzt und die Unternehmen bei der Suche nach Fachkräften unterstützt werden. Die oberösterreichische Landespolitik macht genau das Gegenteil.

- Die Kürzung des AMS-Förderbudgets auf Bundesebene raubt vielen Arbeitsuchenden die Chance auf eine Beschäftigung. Das Land Oberösterreich sollte daher mehr Mittel für die Arbeitsmarktpolitik zur Verfügung stellen. Das Gegenteil passiert: Die Gelder für den „Pakt für Arbeit und Qualifizierung“ wurden 2018 im Vergleich zum Jahr zuvor um acht Prozent gekürzt.

- Das Land muss ein ausreichendes Angebot an überbetrieblichen Lehrwerkstätten absichern und verstärkt Integrationsmaßnahmen (Deutschkurse, Vermittlung von beruflichen Basiskompetenzen, Nachholen von Lehrabschlüssen) unterstützen.
- Die im Jahr 2018 eingeführte Gebühr für Nachmittagsbetreuung in Kindergärten ist nicht nur schlecht für die Kinder, sondern verdrängt auch Fachkräfte – insbesondere Frauen – vom Arbeitsmarkt. Sie muss zurückgenommen werden.

Bildungspolitische Maßnahmen in Oberösterreich

- Das Land Oberösterreich muss bestmöglich in die Maßnahmen der Auffangnetze investieren, anstatt das Angebot für junge Menschen bis 25 zurückzufahren.
- Das Land Oberösterreich soll zusätzliche Mittel für Schulen mit besonderen Herausforderungen (unter Berücksichtigung des Bildungshintergrunds der Eltern und der Alltagssprache der Schüler/-innen) zur Verfügung stellen, um die pädagogische Arbeit an diesen Schulen zu stärken und jedes Kind optimal zu fördern.
- Rechtsanspruch auf einen qualitätsvollen Betreuungsplatz ab dem zweiten Lebensjahr. Das bestehende Angebot muss auf seine Vereinbarkeit mit der Berufstätigkeit der betroffenen Eltern überprüft werden. Es braucht jedenfalls eine Ausweitung der Öffnungszeiten. Die Gemeinden müssen beim Ausbau der institutionellen Kinderbetreuung besser unterstützt werden.
- Das Land Oberösterreich muss sich im Sinne der Chancengleichheit für den Ausbau der Ganztagschulen mit verschränkter Abfolge von Unterricht, Sport, Förderung, Freizeit und Kreativität einsetzen. Dazu gehört eine Informationsoffensive, die Unterstützung von Gemeinden bei der Umsetzung und die Ausschöpfung der vorhandenen Bundesmittel für den Ausbau.
- Das Land muss den Studienstandort Oberösterreich attraktivieren, die Studiengebühren an den Fachhochschulen zurücknehmen und „first generation students“, die zum ersten Mal in ihrer Familie einen Studienabschluss anstreben, fördern.
- Die Kürzung des OÖ. Bildungskontos muss zurückgenommen werden.